



**Ausschussdrucksache 21(22)92
vom 3. Dezember 2025**

Stellungnahme Zentrum für Antisemitismusforschung

zu TOP 1 der 11. Sitzung am 3. Dezember 2025

Deutsch-israelische Kulturbeziehungen / Antisemitismus im Kulturbereich

An den
Deutschen Bundestag
Ausschuss für Kultur und Medien

Berlin, 2. Dezember 2025

Fakultät I | Geisteswissenschaften
Zentrum für
Antisemitismusforschung

Studiengangsleiter „Interdisziplinäre
Antisemitismusforschung“ (Master)
Dr. Marcus Funck

Sekr. KAI 1-1, Raum 1304
Kaiserin-Augusta-Allee 104-106
10553 Berlin

Telefon +49 (0)30 314-79403
Telefax +49 (0)30 314-21136
m.funck@tu-berlin.de

Unser Zeichen:
| KAI 1-1

Schriftliche Stellungnahme zum Fachgespräch

„Deutsch-israelische Kulturbeziehungen/Antisemitismus im Kulturbereich“

I. Allgemeines

Kultur, in einem erweiterten Verständnis, steht für die Summe aller Fähigkeiten und Gewohnheiten, die Menschen als Teil von Gesellschaften sich aneignen. Sie schließt so unterschiedliche Bereiche wie Wissen, Glauben und Kunst, wie auch Moral, Recht oder Traditionen ein. In einer pluralen Demokratie muss Kultur, insbesondere künstlerische Ausdrucksformen derselben, zwingend vielstimmig sein, weshalb sie daher unter einem rechtlich besonderen Schutz steht. Dieser Schutz kann nach sorgfältiger Abwägung nur dann eingeschränkt oder gar aufgehoben werden, wenn andere von der Verfassung garantierten Rechtsgüter durch künstlerische Darstellungen berührt werden. Es entspricht dem freiheitlichen Selbstverständnis und den Traditionen unseres Gemeinwesens, dass dem Staat in der Förderung der Kunst (und der Kultur im Allgemeinen) eine besondere Rolle zukommt, er in Bezug auf Formen und Inhalte allerdings zur größtmöglichen Zurückhaltung verpflichtet ist, sofern diese nicht andere verfassungsrechtlich geschützte Werte verletzen. Die Kunstfreiheit ist ein hohes Gut, das es zu beschützen gilt. Dieses

Gut ist allerdings in nahezu allen Gesellschaften der westlichen Welt (und selbstverständlich darüber hinaus) unter massiven Druck geraten.

Antisemitismus ist in Deutschland zurecht geächtet. Nicht nur gewaltförmiges antisemitisches Handeln, auch die Anstachelung zum Judenhass, insbesondere mit Bezug zum Holocaust stehen gesetzlich unter Strafe. Der Begriff „Antisemitismus“ hat in den letzten Jahrzehnten einen tiefgreifenden Bedeutungswandel erfahren. Auch die Kontexte, innerhalb derer Antisemitismus sich entfaltet, haben sich gewandelt. Bekanntermaßen (und wenig überraschend) sind beide, Begriff und Kontext von Antisemitismus im Wandel, Gegenstand wissenschaftlicher Kontroverse und politischer Debatte. Wir plädieren ganz nach dem Ethos der „Suche nach dem besseren Argument“ für eine im Grundsatz offene Debatte, frei von Schmähungen, Diffamierungen und Sanktionen, sofern sie innerhalb des gesetzlich vorgegeben Rahmens verläuft.

In den letzten Jahren, verstärkt seit dem Massaker der Hamas und anderer radikaler palästinensischer Gruppen am 7. Oktober 2023, beobachten wir eine Zuspitzung und Radikalisierung der öffentlichen Debatte, gleichzeitig staatliche wie nichtstaatliche Interventions- und Sanktionsversuche, die den freien Diskurs gleichermaßen gefährden: Boykottaufrufe, Absagen, Verbote etc. von gleich welcher Seite haben eine Atmosphäre geschaffen, welche die öffentliche Debatte zunehmend verunmöglicht, die Rückzüge in geschlossene halböffentliche Räume zur Folge hat und letztlich das gefährdet, was wir etwas pathetisch „gesellschaftlichen Zusammenhalt“ nennen. Politik und Staat sollten sich verpflichtet sehen, die Freiheit der Kultur zu schützen, auch radikale Kritik mit den o.g. Einschränkungen zu dulden und anstatt die Schließung von Debattenräumen zu fordern, deren Öffnung zu fördern.

II. Deutsch-israelische Kulturbeziehungen

Die deutsch-israelischen Kulturbeziehungen, dies belegt eine neuere Studie (Gila Baumöhl / Hannah Dannel, Resonanzen, Die deutsch-israelischen Kulturbeziehungen, Berlin 2025) auf eindrucksvolle Weise sind mittlerweile tief in beiden Ländern verwurzelt, vielfältig, enorm kreativ wie produktiv und prinzipiell von gegenseitiger Wertschätzung geprägt. Zieht man noch die zahlreichen Initiativen, Projekte und Kooperationen auf der Ebene unterer Institutionen, zivilgesellschaftlicher oder gar privater Akteure hinzu, die von dieser Studie gar nicht vollumfänglich erfasst werden können, dann ergibt sich ein Gesamtbild, auf das man zunächst einmal mit Stolz blicken kann. Die deutsch-israelischen Kulturbeziehungen haben ein in Breite und Tiefe ein beachtliches Niveau erreicht, das mehr als nur eine solide Grundlage für mögliche Weiterentwicklungen bietet.

Nach der Corona-Pandemie haben das Massaker am 7. Oktober und die darauffolgende Eskalation der Gewalt im Gaza-Krieg die deutsch-israelischen Kulturbeziehungen nachhaltig beeinflusst. Von den teilweise bis heute andauernden Beschränkungen abgesehen, bezieht sich dieser Befund insbesondere auf die Debatten über die Einordnung der Hamas-Verbrechen und den Charakter der israelischen Kriegsführung, über die Veränderungen innerhalb der israelischen und die Verfasstheit der palästinensischen Gesellschaft, über mögliche Zukunftsperspektiven sowie, last but not least, über die Debatten der Debattenführung selbst. Diese werden sowohl in Israel als auch in Deutschland als auch in den besetzten Gebieten geführt. Sie sollten nicht als unliebsame Nebengeräusche aus den Kulturbeziehungen heraus gedrängt, sondern vielmehr als ein Gegenstand derselben verstanden werden. Die Forderung nach einem Boykott israelischer Kultureinrichtungen, in Deutschland ohnehin eine Minderheitenposition, weisen wir zurück. Den schwierig nachzuweisenden Tendenzen zu einem „stillen Boykott“ gilt es, in geeigneter Weise zu entgegnen, d.h. weniger durch Aktivierung von verdachtsgeleiteten Empörungsmaschinerien als vielmehr mittels sachbezogener Aufklärung über die möglichen Folgen von Boykottaktivitäten, die weit über eine einzelne Veranstaltung hinausreichen können. Zumal, dies sei hier angemerkt, Teile der von einem Boykott betroffenen israelischen Kulturschaffenden nach eigenen Aussagen auch in Israel unter enormen Druck geraten sind. Sie wären gewissermaßen einer doppelten Boykottbedrohung ausgesetzt. Die pauschale staatliche Delegitimierung und Sanktionierung unliebsamer Positionen, für die u.a. Boykottforderungen stehen, halten wir hingegen für fragwürdig und wenig zielführend. Zum einen kann der mit der öffentlich geführten Debatte einhergehende Begründungzwang durchaus Reflexions- und potenziell auch Wandlungsprozesse in Gang setzen. Zum anderen verschwinden diese Positionen durch ihre Sanktionierung nicht, sondern ziehen sich in eigene Schutzräume zurück, wo sie nicht mehr debattierbar sind. Auch hier sei angemerkt, dass es sich nicht selten ausgerechnet um jüdische Kulturschaffende handelt, die sich von Sanktionierungen bedroht sehen.

Die Thematisierung des israelisch-palästinensischen Konflikts im Kulturbereich, worauf hier fokussiert wurde, weil sie im Zentrum der öffentlichen Kontroversen steht, sollte künftig stärker als bisher auch unter Einschluss palästinensischer und auf der deutschen Seite migrantischer Perspektiven erfolgen. Denn beide Gesellschaften und ihre Kulturlandschaften sind weitaus heterogener, pluralistischer und vielstimmiger, als dass sie in einem „Narrativ“ aufgehen könnten.

III. Antisemitismus im Kulturbetrieb

Bei allen Unterschieden im Detail weisen sämtliche Erhebungen und Statistiken auf einen deutlichen, zum Teil drastischen Anstieg antisemitischer Einstellungen und Straftaten in Deutschland hin. Dieser allgemeine Befund müsste eigentlich im Detail

ausdifferenziert werden, zumal hierüber die wissenschaftlichen Kontroversen und öffentlichen Debatten geführt werden. Im Rahmen dieser Anhörung soll der Verweis genügen, dass es überraschen würde, wenn sich das „System Kultur“ gänzlich anders verhielte als andere gesellschaftlichen Systeme. Jedoch existieren in der Antisemitismusforschung keine validen Erkenntnisse über mögliche antisemitische Einstellungen der Gruppe der Kulturschaffenden. Es kann sie auch kaum geben, ist diese Gruppe doch durch eine ausgeprägte Heterogenität, ja Individualität, und Fluidität charakterisiert. Da diese Gruppe jedoch sehr international ist, dürften die Haltungen zu Antisemitismus und Rassismus, sowie zum Israel-Palästina-Konflikt durch sehr unterschiedliche Herangehensweisen geprägt sein. Aus unseren Gesprächen mit vielen Kultureinrichtungen des Bundes und Berlins haben wir nicht den Eindruck gewonnen, dass antisemitische Einstellungen hier ein verbreitetes Problem darstellen. Dagegen war der Wille des jeweiligen Führungspersonals, gegen Antisemitismus und Rassismus vorzugehen, sehr ausgeprägt. Was jedoch unserem Eindruck nach vorhanden ist eine sehr kritische Haltung gegenüber Israels Vorgehen während des Gaza-Krieges oder davor.

Eine bedeutende Perspektive auf die Problematik von Antisemitismus auch im Kulturbereich liefert die der Wahrnehmung und Erfahrung betroffener jüdischer Kulturschaffenden. Hier zeigen sich, auch unabhängig von der politischen Positionierung, eine deutliche Verunsicherung, ein Unbehagen und mitunter ganz konkrete Ängste, die ernst genommen werden müssen. Die Ursachen dafür sind vielfältige und reichen von der teilweise ausgebliebenen und weiterhin ausbleibenden Solidarität gegenüber jüdischen Kulturschaffenden im Zusammenhang mit dem 7. Oktober 2023 und den unmittelbaren Reaktion darauf, über die Erfahrung, als Juden und Jüdinnen für Entscheidungen und Handlungen der israelischen Regierung in Haftung genommen zu werden (eine eindeutig als antisemitisch einzuordnende Projektion) bis hin zur ebenfalls als übergriffig empfundenen Vereinnahmung durch deutsche Institutionen. Diesen Betroffenen müssen niedrigschwellige Anlaufstellen zur qualifizierten Beratung zugänglich gemacht werden, wie analog auch für Betroffene anderer Diskrimierungen. Darüber hinaus gibt es Ansätze einer rassismuskritischen Arbeit gegen Antisemitismus und antisemitismuskritischen Arbeit gegen Rassismus, bspw. der Bildungsstätte Anne Frank, die wir als eine vielversprechende Möglichkeit sehen, da diese, ohne das eine im anderen aufgehen zu lassen und zum Verschwinden zu bringen, die Arbeit gegen Antisemitismus und Rassismus zueinander in Beziehung setzen, die Selbstbezogenheit der Akteure öffnen und perspektivisch neue, dialogisch ausgerichtete Gesprächsräume schaffen.

Nach unserem Wissen und Verständnis hat der Kulturbereich in Deutschland kein ausgewiesenes genuines Antisemitismusproblem. Im Gegenteil sind dort der Wille und die Fähigkeit zur selbstkritischen Reflexion in höherem Maße vorhanden als in anderen gesellschaftlichen Bereichen, so dass unbestreitbar existierende Probleme kooperativ-begleitend angesprochen und korrigiert werden können.

Kritik, auch radikale Kritik, ist wesentlicher Bestandteil eines weit verbreiteten Verständnisses von Kultur im Allgemeinen und Kunst im Besonderen. Sie kann irritieren und verstören, empören und verletzen, Grenzen überschreiten und Tabus brechen. In Bezug auf Antisemitismus ist dies nicht nur vor dem Hintergrund der von Deutschland ausgegangenen Verbrechen eine Gratwanderung. Eine Koppelung von Förderzusagen und politischen Bekenntnissen halten wir für kontraproduktiv und rechtlich nicht haltbar. Wir appellieren im Sinne der Freiheit von Kultur und der Kulturschaffenden für den Mut, sich nicht mit breitgetretenen Pfaden zu begnügen. Wir empfehlen aber auch eine Sensibilisierung aller für die mitunter sehr unterschiedlichen Perspektiven von betroffenen Jüdinnen und Juden.

Dr. Marcus Funck
Zentrum für Antisemitismusforschung
der Technischen Universität Berlin